

Die kleinen Sorgen und die große Politik

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Genossen fragten sich, ob sie mit ihren Gedanken auf dem richtigen Weg sind. Sicherlich wird es für sie leichter sein, wenn sie auch die Erfahrungen anderer Bereiche verwerten können. In der Universitätszeitung 12/13/65 haben wir unter anderem mit der Veröffentlichung solcher Erfahrungen in dem Artikel „Studenten richtig in Arbeitsprogramme einbeziehen“ begonnen. Wahrscheinlich kann schon dieser Beitrag den Genossen von der APO Werkzeugmaschinen helfen.

Das nächste Problem: Neuerwerbene. Wir haben ein Neuerwerbungsgebot, das setzt sich nach Feierabend zusammen, wir haben uns alle angesehen und dann gefragt, was sollen wir jetzt tun? Auf Kommando etwas Neues erfinden?

VERFAHRENSTECHNISCHES AUSTAUSCHPRAKTIKUM WAR ERFOLGREICH

In einem Austauschpraktikum zwischen dem Institut für Verfahrenstechnik und der Technischen Hochschule Prag weilten im April 1965 sechzehn Studenten und zwei Assistenten bei uns und führten Laborversuche durch. Ebenso waren Angehörige unseres Institutes im Juli in Prag und nahmen an Apparaturmessungen vor. Dieses Austauschpraktikum soll von beiden Seiten aufrechterhalten werden. Es gibt die Möglichkeit, u. a. an Geräten zu experimentieren, die uns nicht zur Verfügung stehen, da sie hohe Anschaffungskosten erfordern.

Über die Ergebnisse des Praktikums berichten wir demnächst.

ASSISTENTENLEHRGANG

Am 5. November 1965, 7 Uhr c.t., beginnt im großen Hörsaal der Fakultät für Berufspädagogik und Kulturwissenschaften der 10. hochschulpädagogische Lehrgang für Assistenten des ersten Dienstjahres. Nähere Auskünfte darüber unter HA 4049.

Dr. paed. Kursitz

Wenn jemand eine neue Idee hat, dann realisiert er sie ohne viel Aufhebens. Sind bei unserer Einzelfertigung überhaupt allgemein verwertbare Verbesserungsvorschläge möglich?

„Und wie ist es mit einer sozialistischen Brigade“, fragte ein anderer Genosse. Es war eine ernsthafte Frage, auf die allerdings nicht ernsthaft reagiert wurde. Nicht, weil die Genossen die sozialistische Gemeinschaftsarbeit leugnen, sondern wieder, weil sie „schlechte Erfahrungen“ gemacht hatten und ihnen doch niemand geholfen hatte. Die Genossen und Kollegen vom Werkzeugmaschinenbau sind der Meinung, sozialistische Gemeinschaftsarbeit besteht nicht nur darin, daß man nach Feierabend zusammen ins Kino geht, sondern dazu gehören echte Leistungen, zum Beispiel auch besondere Einsätze, um schnell und unbürokratisch einen Schwerpunkt zu lösen. Im Sozialismus gilt aber nun einmal auch das Gesetz des materiellen Anreizes. In jeden Produktionsbetrieb ist das Selbstverständnis und hat schon zu außergewöhnlichen Leistungen angeregt. Seine Verletzung schlägt in jedem Fall ins Gegenteil um.

Also eine ganze Reihe von wichtigen Fragen, die die Genossen bewegen. Was geschieht mit ihren Fragen?

„Wir sind mit der Anleitung der UPL und FPL und der Art, wie auf unsere Probleme eingegangen wird, überhaupt nicht zufrieden. Man gibt uns nur allgemeine Richtlinien, um alles andere müssen wir uns selbst kümmern, obwohl wir mit vielen Dingen alleine einfach nicht zurechtkommen. Wer sagt uns, ob unsere Gedanken richtig sind? So wird uns in der Anleitung nur mitgeteilt, die Neuerwerbungsstagnation. Aber wer sagt uns, warum das so ist, und was wir jetzt tun müssen? Mit allgemeinen Hinweisen ist uns nicht geholfen.“

Sind die Genossen also schlechte Parteimitglieder, weil sie in ihrer Mitgliederversammlung wenig über die Vorbereitung der Wahlen im Blickpunkt der „großen“ Politik diskutiert haben, sondern sich mit „kleinen“ Sorgen beschäftigen? Wir sind der Meinung, daß nicht nur die Genossen im Werkzeugmaschinenbau, sondern auch in vielen anderen APOs ähnliche Sorgen haben, mit denen sie sich täglich herumschlagen und die ihnen bei der Aussprache mit

Kollegen im Wege stehen. Wer antwortet ihnen? Wie also hilft man ihnen am besten?

Mit allgemeinen Hinweisen, Fragen der nationalen Politik, der Bedeutung der Volkswahlen allein in diesen konkreten Fällen sicher nicht. Keiner unterschätzt das irgendwie. Aber wie können wir denn etwas Konkretes tun, damit wir zum Beispiel den Frieden sichern? Auch wieder nicht mit allgemeinen Redensarten, sondern am besten mit unseren Leistungen am Arbeitsplatz, mit täglich besseren Leistungen, zum Beispiel mit guten Institutsarbeitsprogrammen, mit Neuerwerbungsleistungen und unserer Arbeit als sozialistische Kollektive. Nicht anders als durch tägliche politische, konkrete und differenzierte Arbeit mit der Institutsbelegschaft, mit den Studenten, den Wissenschaftlern. Eine Menge ungenutzter Initiativen liegt hier noch brach, ist nicht in die richtigen Bahnen gelenkt. Immer und immer wieder betont unsere Partei: Im Mittelpunkt steht der Mensch mit seinen ganz konkreten und kleinen Fragen, Sorgen, Vorschlägen und Wünschen.

Die Initiative ist da. Sie richtig zu nutzen, wird auch an den übergeordneten Leitungen liegen, ihrer Hilfe, der Auswertung dieser Erfahrungen und Anregungen. Aber solche Beispiele wie im Werkzeugmaschinenbau sind unseres Erachtens nicht dazu angetan, die Bereitschaft mitszuarbeiten in eine kollektive Initiative umzuwandeln.

Unsere großen Anliegen spiegeln sich wider in den kleinen der einzelnen Menschen. Wenn man jedem einzelnen, jeder APO die Überzeugung gibt, daß man sie ernst nimmt, indem man auf sie hört, ihnen antwortet und hilft, dann wird auch jeder, ob Genosse oder Kollege, überzeugt sein, unsere Politik ist seine Politik.

„UZ“ bittet um Antworten auf die Fragen der Genossen von der APO Werkzeugmaschinen die Kommission Lehre und Forschung der UPL und die Genossen der UGL. Es kommt uns darauf an, hier die besten Erfahrungen wiederzugeben, damit die Genossen und Kollegen in den Bereichen erfahren, welche Wege bereits erfolgreich an unserer Universität beschritten wurden, um den Forderungen des Programms des VI. Parteitag der SED besser gerecht werden zu können.

BILDNACHRICHTEN



34 Kommunalpolitiker

aus Dahomey, Elfenbeinküste, Guinea, Kongo-Brazzaville, Mali, Obervolta und Senegal wurden herzlich von Magnifizenz Prof. Dr. Schwabe empfangen. Er erläuterte ihnen in französischer Sprache Struktur und Aufgaben der Technischen Universität. Herr Dr. Buggel von der Abteilung für tropische und subtropische Forst- und Holzwirtschaft machte die Gäste mit den Ausbildungsmethoden und der Auslandsfähigkeit dieser Abteilung der Fakultät für Forstwirtschaft vertraut. In der Aussprache, die der Dekan der Fakultät für Bauwesen, Herr Prof. Wiel, abschließend mit den Gästen führte, kam zum Ausdruck, daß diese vom Besuch der TU stark beeindruckt waren und großes Interesse besteht, auch im Bereich des Hochschulwesens die Beziehungen zur DDR zu vertiefen.



Aus dem Irak

besuchte unsere Universität kürzlich der Generaldirektor Dr. Haj Elias Taha, stellvertretender Minister für Erziehung. Nach einem Empfang bei Magnifizenz Prof. Dr. Dr. Schwabe führte er unter anderem ein Gespräch mit Prof. Dr. paed. habil. Hering vom Institut für Berufspädagogik. Herr Dr. Taha interessierte sich besonders für die Varianten eines kombinierten Studiums von Technik und Pädagogik, das der Ausbildung technischer Lehrkräfte dient.

Technik, Kultur und ästhetische Interessen

HARALD BÖHL

Etwa 144 Seiten - broschiert - etwa 2,00 MDN

Der Verfasser behandelt das Verhältnis Mensch, Technik und Kultur unter besonderer Beachtung der ästhetischen Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der sich daraus für die Kulturarbeiter ergebenden Aufgaben. Er vermittelt Erkenntnisse und Einsichten für die gewerkschaftliche Leitungstätigkeit und zeigt den grundsätzlichen Unterschied in der Entwicklung der technischen Revolution unter sozialistischen Verhältnissen gegenüber der kapitalistischen Klassengesellschaft.

(Erschienen im Verlag Tribüne)

Zu kommentieren

Die DDR wird sich auf der Herbstmesse 1965 wieder als attraktiver Handelspartner auch auf dem Konsumgütersektor präsentieren. Für ihre Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiet spricht u. a. die Tatsache, daß unsere Republik bei einer Reihe von Waren in verschiedenen Ländern erhebliche Marktanteile auf sich vereinigt. So deckt die DDR als größter Möbelexporteur der Welt nahezu 40 Prozent des gesamten Importbedarfs der Sowjetunion in dieser Branche. Bei Ober- und Untertrikotagen beträgt der Marktanteil der DDR in der CSSR 26 Prozent, bei Porzellan, Steingut und Glasgeschirr in Bulgarien 50 Prozent, bei Fotoapparaten in Rumänien 50 Prozent. Nach Finnland liefert die DDR 30 Prozent und nach Schweden 38 Prozent der von diesen Ländern importierten Jagdgewehre. Bei Teppichen beträgt der Marktanteil in Italien 16 Prozent. Belgien deckt seinen Importbedarf an Camping-Artikeln zu 23 Prozent in der DDR.

Das Angebot der DDR zur Leipziger Herbstmesse im Jubiläumsjahr wird zeigen, daß die DDR auch in den dort vertretenen Branchen die technische Re-



volution erfolgreich durchführt und durch die Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft das Angebot an Spitzenzeugnissen erweitert hat.

In der Branche Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen orientiert das Angebot der DDR auf die rationelle Ausnutzung der modernen Bürotechnik durch komplexen Einsatz im praktischen Organisationsablauf. Eine Sonderausstellung „buerotechnica 65“ wird eine Reihe komplexer Organisationsbeispiele demonstrieren. Von den Neu- und Weiterentwicklungen ist besonders der elektronische Kleinrechner D 4a hervorzuheben. Der Fakturierausschreibungsautomat SOEMTRON 381 kann künftig auch mit einer Lochstreifenabgabe versehen werden, wodurch sich alle Abrechnungsdaten weiterverarbeiten lassen.

Die Textilindustrie der DDR stellt mit ihrem Modell „PRAKTICAM“ vom VEB Pentacron Dresden das völlig neuartige Prinzip der Licht-Innenmessung bei Kleinbild-Spiegelreflexkameras vor. An kompletten Anlagen offeriert der Industriezweig „Foto-Kino-Optik“ komplette Kino-Anlagen, komplette Labor-einrichtungen für die Filmindustrie und ein automatisches Labor für Fotokopier-einstellen und Fotohändler.

Die Textilmaschinenindustrie der DDR zeigt u. a. im Bugrahaus eine komplette Anlage für alle Arbeitsvorgänge von der Stoffherstellung bis zum fertig konfektionierten Bekleidungsstück. Von den Haushaltsnähmaschinen ist besonders eine Freiform-Zickzack-Nähmaschine aus dem VEB Nähmaschinenwerke Wittenberge hervorzuheben, die alle im Haushalt anfallenden Näharbeiten einschließlich Stopfen von Wäsche und Ausbessern von Trikot- und Strickwaren ausführt.

Im Textilengelb ist eine Konzentrierung auf pflegeleichte Gewebe und eine wesentlich erweiterte Verwendung von Stoffen der Nähwerktechnik auf dem Oberbekleidungssektor festzustellen.

(Aus „Presseinformationen“ Nr. 85)

Allons, enfants de la patrie!



Am 16. August besuchten etwa 60 französische Freunde, Teilnehmer des Freundschaftstages der Bewegung der kommunistischen Jugend Frankreichs, die Technische Universität. Die Leitung dieser Bewegung und der Zentralrat der FDJ wollten durch diesen Besuch in der DDR die Freundschaft der Jugend beider

Staaten auf der Grundlage der gemeinsamen Kampf für den Frieden verfestigen.

- den französischen Freunden die Friedenspolitik der DDR und die verwandtschaftliche, friedensbedrohende Politik Westdeutschlands erläutern,
- über das politische, kulturelle und

gesellschaftliche Leben unserer Jugend informieren und über die Wahlen in beiden deutschen Staaten und in Frankreich sprechen.

Die französischen Freunde besichtigten hervorragende Institute der TU wie das Institut für Hochspannungstechnik, das Institut für Elektro- und Bautechnik, das Institut für Landmaschinenbau und das Planetarium, die wurden geführt von Freunden der FDJ-Kreisleitung der TU und Mitarbeitern der Institute.

Am Nachmittag fand eine Veranstaltung zum ehrenden Gedenken an die antifaschistischen Widerstandskämpfer im Schumannbau statt. Genosse Schärer sprach in der Gedenkstunde in eindringlichen Worten über die antifaschistische Widerstandsbewegung und die ermordeten Widerstandskämpfer, unter denen sich auch französische befanden. Er betonte unsere Verpflichtung, das Vermächtnis der Toten zu erfüllen. Die französischen Freunde und Vertreter der FDJ-Kreisleitung der TU legten Kränze nieder.

Der Besuch an unserer Universität beendete die französischen Freunde und trug zum gesamten Bild über die Arbeit und das Leben der Bevölkerung, besonders der Jugend in der DDR bei.

Allen Beteiligten, auch den Kolleginnen und Kollegen der Mensa, möchten wir im Auftrag der französischen Freunde recht herzlich danken.
Rudi Herrlich, FDJ-Kreisleitung der TU

Welche Kandidaten gelten als gewählt?

(UZ/ND) Gewählt sind nach der Wahlordnung „diejenigen Kandidaten, die die Mehrheit der gültigen Stimmen auf sich vereinigen“. Erhält eine größere Zahl der Kandidaten mehr als 50 Prozent der gültigen Stimmen, als Mandate im jeweiligen Wahlkreis vorhanden sind, entscheidet die Reihenfolge der Kandidaten auf dem Wahlvorschlag über die Besetzung der Abgeordnetenmandate und über die Nachfolgekandidaten.

Die Festlegung der Reihenfolge erfolgt öffentlich und nach gründlicher Aussprache durch die Wählervertreterkonferenzen.

Alle Kandidaten, die zwar über 50 Prozent der Stimmen erhalten haben, aber durch diese Festlegung kein Mandat bekommen, weil die Zahl der Abgeordneten geringer ist als die der Kandidaten, sind also Nachfolgekandidaten.

Einfluß des Wählers steigt vergrößert Warum mehr Wahlvorschläge?

(UZ/Inf.) Oft wird die Frage gestellt, warum das Wahlsystem vorsieht, mehr Kandidaten aufzustellen, als Mandate zu besetzen sind. Der direkten Antwort muß vorausgeschickt werden, daß es sich bei dieser bedeutenden Weiterentwicklung unseres Wahlsystems um die kontinuierliche und logische Fortführung bisher gesammelter Erfahrungen, des Wahlrechts und der Wahlpraxis in der DDR handelt. Bei allen Wahlen hatten in der DDR die Wähler die reale Möglichkeit, souveräne Entscheidungen zu treffen. Von Wahl zu Wahl wurde der Einfluß des Wählers auf die Aufstellung und Prüfung der Kandidaten größer.

Bei den Wahlen 1957 und 1958 war bei der Auswahl der Kandidaten so verfahren worden, daß die Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ihre Kandidatenliste vor den Wählervertreterkonferenzen veröffentlichten. Nach eingehender Diskussion auf den Wählervertreterkonferenzen erfolgten zahlreiche Aussprachen der Kandidaten mit ihren Wählern.

Dieses Verfahren wurde 1963 weiter ausgebaut. Mehrere Wochen vor den

Wählervertreterkonferenzen wurden Kandidaten für die Wahl zur Volkskammer und zu den Bezirksrägen in Versammlungen ihrer Betriebe, LPG, Institute und gesellschaftlichen Organisationen vorgeschlagen. Als sich diese Kandidaten auf den Wählervertreterkonferenzen der Nationalen Front vorstellten, hatten die Werktätigen bereits eine Auswahl getroffen. Nach den Wählervertreterkonferenzen folgten dann wiederum zahlreiche Zusammenkünfte der Kandidaten mit den Wählern.

In dieser Zeit war es den Werktätigen möglich, in besonders begründeten Fällen die Absetzung ungelegener Kandidaten von der einheitlichen Liste der Nationalen Front vorzuschlagen. Die Wahlordnung läßt entsprechend § 29 zu, daß die Ausschüsse der Nationalen Front bis fünf Tage vor dem Wahltag für Kandidaten, die vor der Wahl ausscheiden, andere Kandidaten zu benennen. Das Ausscheiden eines Kandidaten wird durch Beschluß der zuständigen Wahlkreis-Kommission festgestellt und von der örtlichen Wahlkommission bestätigt. In gleicher Weise erfolgt auch die Entscheidung über die Annahme des neuen Kandidaten.

Warum führen wir Wählervertreterkonferenzen durch?

(UZ/Inf.) Von großer Bedeutung im Prozeß der Vorbereitung der Wahlen sind die Wählervertreterkonferenzen bzw. Wählerversammlungen. In den Wählervertreterkonferenzen bzw. Wählerversammlungen werden auf der Grundlage des Wahlaufrufs der Nationalen Front die Aufgaben der neu zu wählenden Volksvertretungen dargelegt und die Kandidaten für die neu zu wählenden Volksvertretungen vorgestellt.

Den Wählervertreterkonferenzen geht die Wahl von Wählervertretern voraus. Die Wählervertreter setzen sich entsprechend den Erfordernissen und der Praxis der vergangenen Jahre aus allen Schichten der Bevölkerung zusammen. Die Wählervertreter werden auf den Rechenschaftslegungen der jetzigen Abgeordneten gewählt, sowie in anderen öffentlichen Versammlungen und in Mitgliederversammlungen der Parteien und Massenorganisationen. Bei der Delegation der Wählervertreter wird es zur Regel, daß zu den Wählervertreterkonferenzen die Bürger aus den Kollektiven delegiert werden, von denen Kandidaten vorgeschlagen wurden.

Durch die Wählervertreterkonferenzen wird schon in einem sehr frühen Stadium der Kandidatenauswahl die Gewähr des vollen Mitbestimmungsrechts der Wähler gegeben. Kräftig in die

sem Jahr entscheiden die Wählervertreter ausdrücklich auch über die vorgelegte Reihenfolge der Kandidaten auf dem Wahlvorschlag. Der von der Wählervertreterkonferenz bzw. Wählerversammlungen beschlossene Wahlvorschlag wird vom Ausschuß der Nationalen Front spätestens 24 Tage vor dem Wahltag (das heißt bis zum 16. September 1965) bei der Wahlkreis-Kommission eingereicht, in dem er den Wählern unterbreitet werden soll.

Die Wahlkreis-Kommission prüft den Wahlvorschlag und die beigefügten Erklärungen der Kandidaten bis spätestens 20 Tage vor der Wahl und entscheidet in öffentlicher Sitzung über seine Zulassung. Die örtliche Wahlkommission bestätigt spätestens zwölf Tage vor dem Wahltag die Wahlvorschläge für die Wahl zu der betreffenden Volksvertretung und gibt sie sofort (spätestens am Tage nach der Bestätigung) öffentlich bekannt. Diese öffentliche Bekanntmachung der Wahlvorschläge, die getrennt nach Wahlkreisen in der Presse, durch öffentlichen Aushang und in anderer geeigneter Form erfolgt, sollte so früh wie möglich durchgeführt werden, damit nochmals alle Wähler genügend Zeit haben, sich ein Urteil über die Kandidaten zu bilden.

„Univeritätszeitung“ Seite 2

FRAGEN zu den WAHLLEN